



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Daniel Goepfert
Grossratspräsident

Es gilt das gesprochene Wort

Antrittsrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

8. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Sibylle, liebe Familie

Zunächst einmal möchte ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die ehrenvolle Wahl zum Grossratspräsidenten danken. Danken möchte ich auch der SP-Fraktion, die mich ins Büro des Grossen Rates schickte, im Wissen, sich damit meine Wahl zum Präsidenten mit einiger Wahrscheinlichkeit einzuhandeln. Ein weiterer Dank geht an Herrn Regierungsrat Eymann, der mich freundlicherweise während des Amtsjahres in der Schule entlastet und an den Rektor des Wirtschaftsgymnasiums und der Wirtschaftsmittelschule, Herrn Pat Langloh, der mir auf ebenfalls sehr grosszügige Art den Rücken frei hält. Von meiner Familie, meiner Frau, meinen Kindern Laura, Fabian und Raphael und meiner Mutter verabschiede ich mich für einen Teil des kommenden Jahrs! Ihr seid ja selbständig, von Zeit zu Zeit sehen wir uns und Sibylle wird mich auch an den einen oder anderen Anlass begleiten.

Meine Damen und Herren, wir Mitglieder des Grossen Rats und des Regierungsrats sind alle Mitglieder einer *Partei*. Ohne unsere Parteien sässen wir nicht hier. Den wenigen Stimmen bei den letzten Wahlen, die uns persönlich galten, stehen viele Stimmen gegenüber, die für die Partei abgegeben wurden. Das Gedankenspiel reizt natürlich, ob wir auch ohne Partei gewählt worden wären. Wir hätten wohl eine Liste mit unserem oder unseren Anliegen gegründet. Eine meiner Kolleginnen hätte zum Beispiel die *Partei der Grünen Jägerinnen* aus der Taufe gehoben, ist sie doch Naturschützerin und von Zeit zu Zeit auch Jägerin. Der sanfte Kontrast im Namen erinnert übrigens an die Grünliberale Partei. Ohne eine *Partei* wäre meine Kollegin wohl aber nicht gewählt worden, wie wir alle in diesem Saale. Doch sind wir unseren Parteien entsprechend dankbar? Die meisten von uns haben schon mal den Satz gehört: „Die Partei, die mir entspricht, gibt es nicht“. Und wie haben wir reagiert? Haben wir unsere Partei verteidigt? Haben wir nicht vielmehr zu verstehen gegeben, dass auch wir mit ihr manchmal unsere liebe Mühe hätten? Falls es stimmt, dass einige von *uns* so reagieren, wie schlecht muss dann das Ansehen der Parteien in der breiten Bevölkerung sein?

Das Ziel meiner Rede ist die Rehabilitierung der Parteien als solche. Auf der Skala der Unbeliebtheit wird die Partei an sich nur noch vom *Parteienstreit* geschlagen, oft auch *Parteiengezänk* genannt. Mit dem Parteiengezänk steigen wir in den untersten Kreis der Hölle hinab, in die Tiefe etwa des organisierten Verbrechens. So haben die vornehmlich jungen Politiker und Politikerinnen ein leichtes Spiel, die in letzter Zeit auf allen Kanälen die Überwindung des Parteiengezänks als ihr politisches Lebensziel angeben und im gleichen Atemzug den politischen Kompromiss fordern. Solche Leerphrasen ärgern mich genauso wie ihr grosser medialer Widerhall. Es müssten doch mindestens, um einen Kompromiss

schliessen zu können, die jeweiligen Standpunkte klar sein. Und um klar zu werden, müssen sie mit Engagement vertreten und auch mal überspitzt formuliert werden. *Am Ende* der Auseinandersetzung kann ein Kompromiss die Lösung sein; ohne Klarheit in den Standpunkten wird das Eilen zum Kompromiss zu einem Leerlauf.

Vielleicht sollten wir das negativ besetzte Wort „Streit“ zu einem *Wettstreit* der politischen Ideen erweitern. Dabei ist die oft geforderte Sachlichkeit für mich nicht das höchste Gut. Ich finde, es braucht auch Temperament, damit dem Gegenüber klar wird, was einem wichtig ist und wogegen man sich sträubt. Natürlich sollte das nicht in Gehässigkeit münden. Eine solche Reaktion zeugt von einem Mangel an Souveränität und ist im Grossen Rat zum Glück nur selten zu beobachten, im Gegensatz zu anderen Parlamenten. Lebendige Debatten hingegen schätze ich und ich finde, sie seien in diesem Saale eher zu selten. Sie würden auch dafür sorgen, dass mehr Mitglieder im Saal bleiben statt im Café oder dem Vorzimmer. Es gab andererseits auch schon einige Debatten, die mehr Zuhörerinnen und Zuhörer verdient gehabt hätten.

Die wichtigste Herausforderung bei einem durchaus auch pointierten Wettstreit ist der faire Umgang mit Minderheiten, innerhalb der Partei wie auch in der Gesellschaft. Der Lackmustest beim Schreiben einer Rede kann dabei der Austausch einer Minderheit durch eine andere sein. Lässt sich in einer Rede das Wort *Migranten* durch das Wort *SVP-Mitglieder* ersetzen, und zwar in beide Richtungen, dann ist der Test bestanden. Und bevor Sie das Wort *Sozialschmarotzer* brauchen, empfehle ich Ihnen, an die Leute in ihrer allernächsten Umgebung zu denken, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Ideologischer Ballast verhindert das Ringen um die beste Idee, weil er keine Diskussion zulässt. So hat *meine Partei*, die SP, immer noch die Überwindung des Kapitalismus im Programm. Dieser Programmpunkt schlägt in der täglichen Politik mangels Umsetzungsfähigkeit nicht durch. Merkwürdigerweise wurde gleichzeitig die Abschaffung der Armee gefordert, die man für die Überwindung des Kapitalismus doch noch ein letztes Mal hätte brauchen können. Und was die EU zu einem Beitrittsgesuch eines Landes mit überwundenem Kapitalismus sagen würde, ist auch nicht überliefert.

Und was ist mit den Anbetern des freien Markts? Der Markt hat seit dem (mir willkommenen) Schwächeln der Ideologien ihren Platz teilweise eingenommen. Jahrzehnte lang mussten wir uns anhören, dass der Markt alles regle und allein selig mache, dass private Initiative in jedem Fall besser und effizienter sei als staatliche. Nach dem Börsencrash im Oktober 2008 musste der Staat eingreifen, Bankangestellte wurden in vielen Ländern, auch in der Schweiz, teilweise zu Staatsangestellten. Und wie erklärten die Marktfetischisten das Versagen des Marktes? Ich lausche seither ebenso aufmerksam wie vergeblich, Einsicht oder gar eine Entschuldigung ist noch nicht zu meinen Ohren gedrungen.

Doch zurück zu den Parteien. Wie können sie sich entwickeln? Welches ist die Voraussetzung dafür, dass sich Parteien um die wirklichen Anliegen der Menschen und um die zu lösenden Probleme kümmern? Die zentrale Bedingung dafür lautet: Sie müssen Foren der Diskussion sein. Schon deshalb können sie sich nicht nur um ein Thema kümmern, sei es nun die Jagd, die Umwelt oder die Karriere eines Parteipräsidenten. Eine Entwicklung ist auch nicht möglich wenn die interne Diskussion abgewürgt und die Partei diktatorisch geführt wird.

Es scheint in der Politik also die Auseinandersetzung, den Streit, den Wettbewerb der Ideen zu brauchen, ohne Gehässigkeit, ohne Verachtung der Minderheiten und ohne

ideologischen Ballast. Braucht es deshalb *Parteien*? Eine direkte Demokratie kann ja ohne sie auskommen. Alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger treffen sich auf dem Hauptplatz an einem bestimmten Tag und zu einer bestimmten Zeit, um über die anstehenden Geschäfte zu beschliessen und die Vertretung in verschiedene Gremien zu wählen. Was in den Kantonen Glarus und Appenzell Innerrhoden machbar ist, wäre in Basel-Stadt aber nicht durchführbar. Die 108'000 Stimmberechtigten könnten sich, auch bei der üblich tiefen Stimmbeteiligung, nicht auf dem Marktplatz treffen. Auch sind viele politische Geschäfte schlicht zu komplex, um darüber mehr oder weniger alleine und aus dem Stand urteilen und entscheiden zu können. Parteien fungieren in diesem Zusammenhang als politische Kompetenzzentren, die komplexere politische Inhalte auf ihre Auswirkungen hin untersuchen und das Publikum darüber in Kenntnis setzen. Dass dabei der weltanschauliche Hintergrund einer Partei zum Tragen kommt, versteht sich von selbst und ist auch richtig so. Es braucht die Parteien, um politische Zielvorstellungen zu bündeln und nach aussen zu tragen. Die Parteien stellen Kandidierende auf, die die Wähler vertreten, ihre Zielvorstellungen einbringen und möglichst durchsetzen sollen. Selbst ein kleines Staatswesen wie unser Kanton kommt ohne Parteien nicht aus. Allgemeiner und etwas feierlicher ausgedrückt: *Demokratie ist ohne politische Parteien nicht zu organisieren!*

Die Notwendigkeit der Parteien anzuerkennen heisst natürlich noch lange nicht sie zu lieben. Wenn wir uns aber immer daran erinnern würden, dass wir alle hier in diesem Saal unsere Wahl einer Partei verdanken, dann könnten doch Gefühle wie Dankbarkeit oder sogar Zuneigung aufkommen.

Erst dann können wir dasselbe von den übrigen Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Kantons erwarten. Sie informieren sich über die Politik und die Politiker über die Medien. Dabei vergleichen sie uns mit den Politikerinnen und Politikern aus anderen Ländern. Dieser Vergleich fällt in aller Regel zu unseren Gunsten aus. Ohne in die Falle des Klischees zu tappen, spreche ich von der Höhe der Entschädigungen auf der einen Seite, auf der anderen Seite von Abfindungen, Pensionen und weiteren Privilegien, die wir gar nicht kennen. Wir stehen vergleichsweise bescheiden da. Festzustellen ist auch die Abwesenheit von Vorwürfen an unsere Amtsführung, bei den Inhalten unserer Beschlüsse ist es naturgemäss anders. Ob sich aus dem Vergleich mit Landtagen und Regionalparlamenten und der Abwesenheit von Skandalen eine heisse Liebe oder eine enthusiastische Begeisterung entwickelt, ist fraglich. Solche Gefühle braucht es aber auch nicht. Wie wäre es mit Wertschätzung und Vertrauen unseren Parteien gegenüber? Das würde reichen.

Ich hoffe, Ihnen das ungeliebte Wesen „Partei“ ein bisschen näher gebracht zu haben. Für mich selbst war es ein weiter Weg vom Jugendverband Che Guevara und dem gewaltfreien Widerstand gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst zur Sozialdemokratischen Partei. Aber nun sitze ich hier und freue mich, das neue Amtsjahr eröffnen zu dürfen. Ich erkläre das vierte Amtsjahr der 41. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt als eröffnet und wünsche uns allen viel Erfolg!